

Dr. Andreas Schockenhoff

für Ravensburg–Bodensee im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 12 • 03. Juli 2009

Thema der Woche

Vier gute Jahre für Deutschland

Unions-Fraktion zieht Bilanz ihrer Arbeit und blickt mit Zuversicht in den Herbst

In der letzten regulären Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Wahl im Herbst zieht die CDU/CSU-Fraktion Bilanz ihrer Arbeit in der großen Koalition. Über vier Jahre hat die Union und die von Angela Merkel geführte Bundesregierung in der großen Koalition wieder politische Verantwortung für unser Land getragen. Gerade das vergangene Jahr mit der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat uns viel abverlangt. Sie hat uns zu vielen Entscheidungen in unserer Politik gezwungen, von denen wir selbst noch vor zwei Jahren nicht gedacht hätten, dass sie jemals notwendig werden würden. Wir alle hätten uns gewünscht, das Ende der Legislaturperiode weniger stürmisch zu erleben. Und trotz der Krise: Wenn wir zurückblicken, können wir sagen: Es waren vier gute Jahre, die unser Land in vielen Bereichen nach vorne gebracht haben. Deutschland hat wieder erheblich an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ist der attraktivste Wirtschaftsstandort in Europa. Zugleich ist Deutschland zu einem kinderfreundlicheren Land geworden. Innere und äußere Sicherheit sind bei uns in guten Händen. Und auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wurde gestärkt. In Europa und der Welt sind wir zudem wieder ein verlässlicher und viel geachteter politischer Partner und Freund. Diese positive Rückschau lässt uns kraftvoll in die Bundestagswahl ziehen: Die Union startet mit Rückenwind in den Herbst. Der Sieg bei der Europawahl hat gezeigt: Eine bürgerliche Regierung ist möglich. Angela Merkel ist so beliebt wie kein Bundeskanzler vor ihr. Die Bevölkerung traut CDU und CSU die Lösung der anstehenden Probleme weit eher zu als der SPD. Wir haben daher alle Chancen, nach der Bundestagswahl im September eine Regierung zusammen mit der FDP zu bilden. Wir wissen aber auch, dass die Wahl noch nicht gewonnen ist. Vor uns liegen jetzt drei Monate,

in denen es darum geht, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere politischen Vorstellungen zu gewinnen. Mit ihrem Wahlprogramm geben CDU und CSU klare Antworten, wie wir unser Land aus der Krise führen und wieder auf Wachstumskurs bringen wollen. Zentral ist unser Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steuerensenkungen zu entlasten. Nur durch Leistung können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Darum ist es richtig, den Leistungsträgern durch Steuerensenkung Anreize zu geben und Leistung zu fördern. Steuererhöhungen wären dagegen Gift für die Konjunktur. Deshalb haben CDU und CSU am Sonntag solchen Vorschlägen eine klare Absage erteilt. Entlastung der Leistungsträger, nicht neue Belastungen sind der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Deshalb können wir am Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts festhalten. Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Wachstum und die Bekämpfung des Haushaltsdefizits kein Widerspruch sind. 2008 haben wir zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorgelegt. Wachstum ist das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Mit einer Mischung aus Steuerensenkungen und staatlichen Zukunftsinvestitionen werden wir die Wachstumskräfte in unserem Land stärken. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 27. September die Wahl: Soll Deutschland von einem Linksbündnis unter Führung der ausgelaugten und ideenlosen SPD regiert werden oder soll Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und unser Land in einer Koalition aus CDU/CSU und FDP sicher aus der Krise führen? Diese Wahl ist eine entscheidende Weichenstellung für die Politik des kommenden Jahrzehnts. Wir werden kraftvoll dafür kämpfen, diese Weichen richtig zu stellen.

Aus Plenum und Lobby

Vertrag von Lissabon verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche die Klagen gegen den Vertrag von Lissabon zurückgewiesen. Er ist damit mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Zweite Senat formulierte jedoch die Auflage, die parlamentarische Beteiligung am Erlass europäischer Vorschriften im Rahmen des Begleitgesetzes noch weiter zu stärken. Wir werden deshalb noch vor der Sommerpause ein verändertes Gesetz vorbereiten, das vom Bundestag voraussichtlich am 26. August in erster Lesung beraten und dann am 8. September 2009 beschlossen wird, damit die Ratifikationsurkunde nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten rechtzeitig hinterlegt werden kann. Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts. Das wegweisende Urteil wird seine Bedeutung in ganz Europa entfalten. Die Ergebnisse der zugrunde liegenden Prüfung des Vertrages räumen die Vorbehalte aus, dass der Vertrag von Lissabon die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU erodieren würde. Vielmehr verbleibt nach wie vor die Integrationsverantwortung bei den nationalen Parlamenten. Es ist zudem ein wichtiges Signal, dass das Bundesverfassungsgericht sich selbst eine stärkere Kontrollfunktion zugewiesen hat und auch künftig darüber wachen wird, dass die Institutionen der EU nicht ersichtlich ihre eingeräumten Kompetenzen überschreiten. Unter diesen Prämissen ist der Weg für die endgültige Ratifizierung des Vertrags von Lissabon frei. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Autorität dieses Urteils förderlich auf die noch ausstehenden Ratifikationsverfahren in Irland, Tschechien und Polen auswirken wird, so dass die EU ab 2010 auf einer neuen Vertragsgrundlage arbeiten kann.

Nachtragshaushalt beschlossen

In dieser Woche stand in zweiter und dritter Lesung das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009 zur Verabschiedung an, das aufgrund der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig geworden ist. Diese Krise wird in diesem Jahr zu einem erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 Prozent führen. Die tiefe Rezession führt nach der Steuerschätzung zu geringeren Steuer- und Beitragseinnahmen und zu höheren Arbeitsmarktbelastungen. Die entstehende Lücke im Bundeshaushalt von 10,7 Milliarden Euro kann nur durch eine höhere Neuverschuldung finanziert werden. Sie steigt mit dem Nachtrag von bisher 36,9 Milliarden Euro auf 47,6 Milliarden Euro.

Merkel für globale Finanzmarktverfassung

Vor dem G8-Gipfel im italienischen L'Aquila, der vom 8. bis 10. Juli 2009 stattfindet, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag im Rahmen einer Regierungserklärung erneut auf eine neue weltweite Finanzmarktverfassung gedrungen, um eine ähnliche Krise in Zukunft zu vermeiden. Die Bundeskanzlerin will gleiche Kriterien bei der Arbeit der Finanzaufsicht in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Merkel sprach sich dafür aus, international noch stärker zusammen zu arbeiten. Bei wesentlichen Entscheidungen sollten zukünftig die Schwellenländer einbezogen werden. Das G-8-Format reiche als Forum für Gespräche über die Zukunft der Weltwirtschaft nicht mehr aus, hob die Bundeskanzlerin hervor. G-20 sollte nach Ansicht Merkels das Format sein, das wie ein überwölbendes Dach die Zukunft bestimme. Die G-20 besteht aus 19 Staaten und der Europäischen Union, in der G20 erwirtschaften zwei Drittel der Weltbevölkerung rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bestreiten 80 Prozent des Welthandels.

BND-Untersuchungsausschussergebnis

In dieser Woche nahmen wir den Bericht des BND-Untersuchungsausschusses zur Kenntnis. Deutlich wurde, dass die SPD sich zwar ihr „Nein“ zum Irak-Krieg im Wahlkampf 2002 auf die Fahnen schrieb, im Geheimen jedoch den Luftkrieg der Amerikaner unterstützt hat. Die Leugnung der früheren rot-grünen Bundesregierung, am Irak-Krieg beteiligt gewesen zu sein, wurde durch den Nachweis einer indirekten Beteiligung enttarnt.

Zitat

«Irren ist menschlich, aber immer irren ist sozialdemokratisch.»

(CSU-Chef Horst Seehofer am Montag beim Unions-Wahlkongress in Berlin)

Daten und Fakten

- **Interesse an Meister-BaföG steigt:**

Im vergangenen Jahr haben knapp 140.000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, dem sogenannten Meister-BaföG, erhalten. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Summe der bewilligten Förderleistungen betrug insgesamt rund 382 Millionen Euro, 7 Prozent mehr als im Jahr 2007.

267 Millionen Euro der Förderleistung entfielen auf Darlehen und 114 Millionen Euro auf Zuschüsse.

31 Prozent der Geförderten waren Frauen. Ihre Zahl stieg gegenüber 2007 um 3 Prozent auf 43.000. 82 Prozent der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (35 Prozent), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (32 Prozent). Knapp 50.000 Geförderte nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 90.000 an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um 3 Prozent, die der Teilzeitgeförderten um 5 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Topentscheider wollen Schwarz-Gelb:**

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) aller obersten Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wünschen sich nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis aus Union und FDP. Lediglich 19 Prozent sprechen sich für die Fortführung der Großen Koalition aus.

Dennoch zeigen sie sich mit der Politik der Großen Koalition zufrieden: 63 Prozent unterstützen die Wirtschaftspolitik der schwarz-roten Bundesregierung, 71 Prozent attestieren ihr ein gutes Krisenmanagement.

Dies wird allerdings in erster Linie der Union und der Bundeskanzlerin zugeschrieben.

In der Frage nach dem künftigen Bundeskanzler haben die Topentscheider eine klare Präferenz: 64 Prozent halten Angela Merkel für eine starke Regierungschefin. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die Steinmeier das Amt des Bundeskanzlers zutrauen, von 59 auf 37 Prozent eingebrochen.

(Quelle: Capital-Elite-Panel)

- **Vergleichsweise wenig Unternehmensgründer in Deutschland:**

Im internationalen Vergleich ist die Zahl der Personen, die ein eigenes Unternehmen gründen, in Deutschland verhältnismäßig gering. Nur 1,4 Prozent der 18-64-Jährigen sind gerade dabei, ein Unternehmen zu gründen. Weitere 2,4 Prozent haben sich in den vergangenen drei Jahren selbständig gemacht. Damit belegt Deutschland innerhalb von 18 vergleichbar hochentwickelten Ländern den vorletzten Platz. Ganz vorne liegen die USA, Schlusslicht ist Belgien.

Die Gründe hierfür sehen Experten vor allem in einer größeren Risikoscheu der deutschen Bevölkerung sowie darin, dass die Themen Existenzgründung und Unternehmertum in deutschen Schulen kaum behandelt würden.

Besser schneidet Deutschland dagegen bei den Rahmenbedingungen von Gründungen ab. Die Infrastruktur und der Schutz geistigen Eigentums gehören zu den Stärken des Standorts Deutschland.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Meldungen aus Berlin

Trauer um die gefallenen Soldaten – Afghanistaneinsatz zum Erfolg führen

Wir trauern um die drei gefallenen deutschen Soldaten, die in der vergangenen Woche von den Taliban angegriffen wurden. Der Vorfall hat einmal mehr gezeigt, mit welchen Gefahren der Einsatz in Afghanistan verbunden ist und welch große persönliche Risiken unsere Soldaten tragen. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen und Freunden der Getöteten. Den deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihren Dienst leisten, schulden wir Dank und Anerkennung für ihren Einsatz für unsere Sicherheit.

Die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan macht eine robuste militärische Absicherung des afghanischen Staates notwendig. Radikale Islamisten wollen mit terroristischer Gewalt den Erfolg eines zivilen Staatswesens verhindern. Sie schrecken nicht vor hinterhältigen Anschlägen auf die internationale Schutztruppe zurück und auch nicht davor, Zivilisten als sogenannte menschliche Schutzschilde für ihre Terroroperationen zu missbrauchen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass unsere Soldaten in der Lage sind, sich wirksam gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen.

Afghanistan Papier auf www.schockenhoff.de

Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf wird unser Einsatz in Afghanistan eine Rolle spielen. Politiker wie Lafontaine und Gysi werden nicht zögern, ihren populistischen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Soldaten auszutragen. Sie sind bereit, Deutschlands Sicherheit und die Erfolge beim Wiederaufbau in Afghanistan für ihren Wahlkampfklammer zu opfern. Das dürfen wir nicht zulassen. Daher habe ich ein Argumentationspapier zum Thema Afghanistan verfasst, das die zentralen Punkte unseres Einsatzes beschreibt und klar Positionen für unser Engagement formuliert. Dieses Papier steht Ihnen auf meiner Homepage www.schockenhoff.de zur Verfügung.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag über die Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan abgestimmt. Die AWACS-Maschinen dienen der Koordination des Luftverkehrs in Afghanistan und der Unterstützung von Luftoperationen. Die Maschinen werden zunächst vom Stützpunkt im türkischen Konya aus operieren. Der Antrag der Bundesregierung sieht die Entsendung von bis zu 300 Soldaten vor. Das Mandat ist bis zum 13. Dezember 2009 befristet. Die Zustimmung des Bundestags war notwendig, damit sich Deutschland mit einem Teil der AWACS-Besatzung an dem NATO-Einsatz beteiligen kann.



Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen während der letzten vier Jahre!

Wir haben viel erreicht - doch stehen auch in den nächsten Monaten große politische Aufgaben an!

Dafür und auch für die anstehenden Wahlen am 27. September 2009 brauche ich Ihre Unterstützung!

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen und schönen Sommer und freue mich auf weitere vier Jahre für Sie im Deutschen Bundestag!

Andreas Schockenhoff

Sonstiges

Sämtliche **Termine** – auch für Wahlkampfveranstaltungen – finden Sie auf meiner Homepage
www.schockenhoff.de

Falls Sie **Fragen** haben oder **Informationen** benötigen, sprechen Sie mich an oder schreiben eine
mir eine Email an **andreas.schockenhoff@bundestag.de**

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de

